



Viele Genoss*innen aus MOL haben an der großen Friedensdemo der über 50.000 am 25. Februar in Berlin teilgenommen.

Kommt zum Ostermarsch: 9. April, 14 Uhr, S-Bahnhof Strausberg Stadt!

Das Töten muss ein Ende haben – überall! Mit dieser Forderung will ein breites Bündnis zivilgesellschaftlicher demokratischer Organisationen und Parteien gut hörbar und sichtbar beim Ostermarsch am 9. April, 14.00 Uhr, vom S-Bahnhof Strausberg Stadt bis zum Marktplatz dem Ruf nach Frieden und Abrüstung Nachdruck verleihen. Dem Bündnis aus verschiedenen Verbänden Märkisch-Oderlands wie der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten, Jugend- und Sozialorganisationen bis hin zu Bündnis90/Grünen gehört auch DIE LINKE an.

Mit Blick auf die russische Aggression in der Ukraine und auf alle Kriege in der

Welt fordert das Bündnis in einem Aufruf:

- Das Töten beenden!
- Waffenstillstand durch diplomatische Initiativen der deutschen Bundesregierung, der EU, der Vereinten Nationen, der OSZE u. a.!
- Diplomatische Lösungen vor Waffenlieferungen!
- Abzug der Truppen Russlands von ukrainischem Staatsgebiet! Wiederherstellung der staatlichen Souveränität der Ukraine!
- Keine Kriegsbeteiligung Deutschlands!
- Solidarität mit vom Krieg betroffenen Menschen, Kriegsflüchtlingen und Kriegsdienstverweigerern!

- Kein weiteres Sondervermögen für die Bundeswehr!
- Aufrüstung und Militarisierung stoppen!
- Atomkrieg verhindern! UN-Atomwaffenverbotsvertrag vorantreiben!
- Ausstieg aus fossilen Energieträgern! Klimakatastrophe stoppen! Kriege um Ressourcen verhindern!

Die Gefahr eines Atomkrieges ist noch immer real.

„Wir laden alle Menschen ein, sich gegen Krieg und Aufrüstung einzusetzen und mit uns die Forderungen auf die Straße zu tragen.“

**Kerstin Kaiser
für Bündnisse**

Seite 2

**DIE LINKE bei
Ostermärschen**

Seite 3

**Kreistagsfraktion
in Müncheberg**

Seite 4

**nd-Chef über
linke Presse**

Seite 7

◀ Linke vor Ort

Verhandlungen statt Waffenlieferungen!

Impulse sprach mit Kerstin Kaiser über starke Friedensaktionen



Kerstin Kaiser im Gespräch mit Knut Steinkopf beim Friedensfest 2022

Kerstin Kaiser ist vielen bekannt als langjährige Leiterin des Moskauer Büros der Rosa-Luxemburg-Stiftung und vormalige Vorsitzende der Linksfraktion im Landtag Brandenburg sowie aus ihrer aktiven politischen Arbeit in der Region.

Als studierte Slawistin und profunde Kennerin Russlands ist die Strausbergerin zurzeit eine gefragte Gesprächspartnerin.

Über die Bündelung von Kräften für einen möglichst schnellen Stopp des Krieges Russlands in der Ukraine sprach Impulse mit ihr.

Kerstin, Du hast an dem Aufruf des Bündnisses zahlreicher zivilgesellschaftlicher Organisationen und Parteien zum

Ostermarsch in Strausberg am 9. April mitgearbeitet.

Warum ist es so wichtig, dass gerade in Strausberg viele Menschen für Frieden und Abrüstung auf die Straße gehen?

Wichtig ist, dass in diesem Jahr überall Ostermärsche stattfinden, wo es überhaupt möglich ist. Militarisierung durchdringt inzwischen nicht nur politische Rhetorik, sondern immer mehr gesellschaftliche Bereiche und das Denken. In Strausberg ist der Krieg in der Ukraine auf besondere Weise angekommen: Flüchtlinge aus der Ukraine und Russland brauchen unsere solidarische Unterstützung. Strausberg ist aber darüber hinaus einer der Orte, an dem deutsche Kriegsbeteiligung sichtbar wird. Hier wurde die zentrale Koordinierungsstelle für die europäische Mission (EUMAM) eingerichtet. In deren Rahmen werden ukrainische Soldaten und Offiziere für den direkten Fronteinsatz ausgebildet.

Sicher war es gar nicht so einfach, in dem sehr breiten Spektrum des Bündnisses bis hin zu den Grünen Kernforderungen für den Aufruf zu formulieren, wobei es ja selbst innerhalb der LINKEN unterschiedliche Positionen zum Beispiel zu Waffenlieferungen gibt.

Welche zentralen Forderungen enthält der Aufruf?

Uns eint die Ansicht, dass Kriege in aller Welt geächtet werden müssen. Deshalb die Überschrift: „DAS TÖTEN BEENDEN!“ Wir wollen Verhandlungen statt Waffenlieferungen und richten uns gegen weitere Aufrüstung, die Militarisierung von Politik und Gesellschaft sowie gegen die Kriegsbeteiligung Deutschlands. Es braucht eine starke Friedensbewegung, um den Krieg, den Russland gegen die Ukraine begonnen hat, schnellstmöglich zu beenden. Wir richten uns gegen die drohende Eskalation bis hin zum atomaren Inferno.

Welche Möglichkeiten siehst Du für eine schnelle Beendigung des Krieges?

Zuerst müssen die Waffen schweigen! Jeder Tag kostet Menschenleben. Politiker*innen in aller Welt müssen alle Kräfte darauf richten, die Kriegshandlungen zu beenden. Keinesfalls dürfen wieder Möglichkeiten für Verhandlungslösungen blockiert und in den Wind geschrieben werden. Deshalb braucht es den Druck auf politisch Verantwortliche in aller Welt!

Vielen Dank und weiterhin viel Kraft für Dein wichtiges Wirken zur Aufklärung und im gemeinsamen Kampf für Frieden!

Aus dem gemeinsamen Aufruf zum Ostermarsch

„Wir sind gegen deutsche Beteiligung an diesem Krieg!

Seit 300 Jahren ist Strausberg Militärstandort. Seit 2013 befindet hier das Kommando Heer. Im letzten Jahr wurde ein neues Regiment zur Abwehr von atomaren, biologischen und che-

mischen Waffen in Strausberg in Dienst gestellt. Bis 2028 sollen 700 Millionen Euro in den Standort investiert werden, nicht zuletzt für IT-Infrastruktur und weitere Projekte der Bundeswehr. Statt weiterer Investitionen in die Bundeswehr brauchen

wir ein Sondervermögen für Bildung, Gesundheit und ökologischen Umbau der Gesellschaft. Nur eine solidarische und ökologische Gesellschaft kann Frieden schaffen – die Bundeswehr nicht!“

◀ Linke vor Ort

Aufruf zu den Ostermärschen 2023

DIE LINKE ruft alle Mitglieder sowie Sympathisant*innen der Partei auf, sich 2023 an den Ostermärschen und Aktionen der Friedensbewegung zu Ostern zu beteiligen.

Stoppt den Krieg! Russische Truppen raus aus der Ukraine – Eskalation beenden: Verhandeln statt Waffenlieferungen, zivile Alternativen zu Aufrüstung und Militarisierung!

Russland führt einen verbrecherischen Angriffskrieg. Die Lieferung von immer mehr und immer schwereren Waffen wird diesen nicht beenden. Dieser Krieg ist zu einem grausamen Abnutzungskrieg geworden, in dem tagtäglich Hunderte Soldaten auf beiden Seiten sterben. Das Sterben muss beendet und der Gefahr einer weiteren Eskalation des Krieges über die Ukraine hinaus entgegengetreten werden. Wir wollen eine starke Friedensbewegung auf die Straße tragen, die an der Seite der Angegriffenen steht, sich gegen Eskalation und Militarisierung stark macht, zivile Alternativen zur Aufrüstung aufzeigt und inhaltlich wie praktisch eine klare Kante gegen rechts zeigt. Für uns gilt der Schwur von

Buchenwald, dass die Forderungen „Nie wieder Krieg!“ und „Nie wieder Faschismus!“ zusammengehören.

Wir fordern einen sofortigen Waffenstillstand und eine diplomatische Initiative für anschließende Friedensverhandlungen, zusammen mit europäischen und nichteuropäischen Staaten, z. B. Brasilien. Dadurch soll ein Rückzug der russischen Truppen erreicht, die Souveränität, territoriale Integrität und Sicherheit der Ukraine wiederhergestellt werden. Deeskalation bedeutet auch einen sofortigen Stopp der Waffenlieferungen und keine weitere Osterweiterung von NATO.

Die vor einem Jahr von Bundeskanzler Scholz proklamier-

lität konfrontativer Politik zu, in der Vormachtstellungen immer schneller auch mit militärischen Mitteln durchgesetzt werden. Für die Bekämpfung der Klimakatastrophe, die nur mit internationaler Kooperation gelingen kann, eröffnet diese verschärfte Blockkonfrontation düstere Aussichten. Das Sondervermögen ist das größte Aufrüstungsprogramm seit dem Zweiten Weltkrieg.

Initiativen zur Abrüstung im nuklearen und konventionellen Bereich und eine solidarische Weltwirtschaftsordnung sind Schritte hin zu einer friedlichen Welt. Dafür engagieren wir uns und gehen Ostern gemeinsam mit der Friedensbewegung im ganzen Land auf die Straßen und Plätze.



Gemeinsame Großkundgebung für den Frieden am 25. Februar in Berlin

te „Zeitenwende“ ist die falsche Reaktion auf den Krieg. Die Welt bewegt sich auf eine neue Qua-

Aus dem Beschluss des Parteivorstandes DIE LINKE am 11. März 2023

◀ Wusstest du schon?

Ostermärsche für Frieden mit langer Tradition

Der erste Ostermarsch überhaupt fand 1958 in Großbritannien statt und führte von London zum Raketenforschungszentrum Aldermaston. Die Idee wurde von pazifistischen Gruppen in Deutschland aufgegriffen, die in Norddeutschland 1960 den ersten Oster-Sternmarsch von Hamburg, Bremen, Hannover und Braunschweig aus zum Ra-

ketenübungsplatz Bergen-Hohne organisierten. Die Zahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer stieg von ein paar Hundert (1960) auf 300000 (1968). Organisatoren und Unterstützer waren u. a. Gewerkschafter, Jugend- und Studentenorganisationen, Hochschullehrer, Künstler, Theologen, Pädagogen.

Heute ist der Ostermarsch wie-

der zu der wichtigsten Aktion der Friedensbewegung geworden. Regionale Bündnisse arbeiten unabhängig und bestimmen Inhalte und Aktionsformen nach den Erfordernissen vor Ort. Eine überregionale Abstimmung findet über große Themen statt wie der Kampf gegen Atomwaffen, Kriege und Sozialabbau sowie für Abrüstung.

◀ Linke vor Ort

Linksfraktion MOL erkundete Müncheberg



Foto: R. Adolph

Stehend: Frank Geißler

Über 50 Publikationen zur Geschichte Münchebergs sowie Vorträge, Ausstellungen, Stadtführungen, Feste, Beschilderungen, Erinnerungs- und Gedenktafeln: Der Heimatverein der Stadt kann auf eine beeindruckende Tätigkeit verweisen. Das berichtete sein Vorsitzender, Frank Geißler, den Mitgliedern der Linksfraktion des Kreistages Märkisch-Oderland, die am 11. März in den Räumen des Vereins in der Thälmannstraße

ihre Wochenendklausur abhielten. Traditionell führen die Abgeordneten der LINKEN ihre Beratungen in verschiedenen Kommunen des Landkreises durch, um sich direkt vor Ort über Anforderungen und Fragen ein Bild zu verschaffen.

Der stellvertretende Bürgermeister Münchebergs, Jörg Dießl, informierte anschließend die Kreistagsmitglieder u. a. darüber, dass die Kleinstadt am Rande der Märkischen Schweiz mit ihren acht Ortsteilen dringend mehr Angebote in weiterführenden Schulen benötige. Die Schülerzahlen stiegen ständig. Seit 2018 diskutiere die Stadtgesellschaft zudem über den dringenden Ausbau der vorhandenen Grundschule oder einen Neubau. Derzeit zähle die Stadt rund 7000 Einwohner.

Müncheberg stehe mit einem ausgeglichenen Haushalt gut da. Wirtschaftliche Highlights bildeten u. a. das Leibniz-Zentrum für Agrarlandschaftsforschung (ZALF) und

die Obstbauversuchsstation Müncheberg. Zurzeit werde die Ausarbeitung eines Stadtentwicklungskonzeptes auf den Weg gebracht. Allerdings reichten die möglichen Zuzahlungen des Landes für den notwendigen Straßenausbau hinten und vorne nicht, so Jörg Dießl. Rund 150 Geflüchtete leben in der Stadt. Es gibt eine Integrations-Kita. Außerdem hielten Sport- und Kulturvereine sowie die Kirche Angebote für die Bewohner der Gemeinschaftsunterkunft bereit.

Auf ihrer Beratung beschäftigten sich die Mitglieder der Linksfraktion außerdem mit der Schülerbeförderungssatzung des Landkreises sowie mit der künftigen Gestaltung des Museums an der Gedenkstätte Seelower Höhen.

Zur Unterstützung der Tafeln in MOL angesichts zunehmender Bedürftiger will die Fraktion im nächsten Kreistag 20.000 Euro beantragen.

Renate Adolph

Flohmarkt in Strausberg

Anfang März fand der erste Verschenke-Flohmarkt der Strausberger Initiative Mietenstopp, des Domizils vom Bürgerverein Hegermühle und der Partei DIE LINKE statt. In den Räumen des Domizils konnten Strausberger*innen nicht

mehr Gebrauchtes verschenken und Neues mitnehmen. Außerdem gab es die Möglichkeit, juristische Beratung zu Mietfragen zu erhalten sowie die Kampagne Mietenstopp Strausberg kennenzulernen. Gianna Faust, Stadtvorsitzende der

LINKEN, sagte: „Es war schön zu sehen, wie viele Bürger*innen, vornehmlich aus Hegermühle, Interesse am Flohmarkt hatten. In Zeiten steigender Preise ist ein solidarisches Miteinander unverzichtbar.“

Jana Köhler

◀ Bücherkiste

Der Osten – eine westdeutsche Erfindung

Das Buch von Dirk Oschmann, Professor für deutsche Literatur an der Universität Leipzig, ist gerade bei Ullstein erschienen. Im Klappentext heißt es: „Der Osten hat keine Zukunft, solange er nur als Herkunft begriffen wird. Was bedeutet es, eine Ost-Identität auferlegt zu bekommen? Eine Identität, die für die wachsende gesell-

schaftliche Spaltung verantwortlich gemacht wird? Der Attribute wie Populismus, mangelndes Demokratieverständnis, Rassismus, Verschwörungsmymen und Armut zugeschrieben werden? Dirk Oschmann zeigt in seinem augenöffnenden Buch, dass der Westen sich über dreißig Jahre nach dem Mau-

erfall noch immer als Norm definiert und den Osten als Abweichung. Unsere Medien, Politik, Wirtschaft und Wissenschaft werden von westdeutschen Perspektiven dominiert. Pointiert durchleuchtet Oschmann, wie dieses Othing unserer Gesellschaft schadet, und initiiert damit eine überfällige Debatte.“

◀ **Unsere Abgeordneten in den Parlamenten**

Druck war erfolgreich – Haus Hohenzollern verzichtet



Zum Verzicht auf einen weiteren Klageweg zur Zahlung von Entschädigungen sowie auf die Herausgabe von Kulturgütern durch das Haus Hohenzollern erklärte Sebastian Walter, Vorsitzender der Linksfraktion im Landtag Brandenburg, am 8. März: „Der Druck der vergangenen Jahre in Öffentlichkeit und Parlament hat Wirkung!

Das zeigt die Verzichtserklärung von Georg Friedrich Prinz von Preußen. Zu verdanken ist das den mutigen Historiker*innen und Journalist*innen, die trotz drohender Verfahren nicht über die historische Verantwortung der Hohenzollern bei der Machtübernahme der Nazis schwiegen sowie den vielen Menschen, die unsere Volksinitiative „Keine Geschenke den Hohenzollern“ unterstützten. Wir freuen uns über unseren gemeinsamen Er-

folg: Es wird keine Entschädigungszahlungen und keine Herausgabe von Kulturgütern an das Haus Hohenzollern geben!“ Isabelle Vandre, kulturpolitische Sprecherin der Fraktion, ergänzte: „Der einzige Wermutstropfen ist, dass die Frage der Vorschubleistung der Hohenzollern für das NS-Regime nun nicht gerichtlich geklärt wird. Umso wichtiger ist es, die Aufarbeitung gesellschaftlich fortzuführen.“

Lehrkräfteausbildung: Krise löst man nicht mit Kleinstaaterei



Nachdem die Brandenburgische Bildungsministerin, Britta Ernst, am 14. März dem Bildungsgipfel in Berlin fernblieb, erklärte die bildungspolitische Sprecherin der Linksfraktion im Landtag, Kathrin Dannenberg: „Die Ministerin hat eine wichtige Chance vertan! Nicht nur in Brandenburg, sondern bundesweit verzeichnen wir einen akuten Lehr-

kräftemangel. Jahrelang wurde in den meisten Bundesländern weit unter Bedarf ausgebildet. Britta Ernst hätte den Gipfel nutzen müssen, um die „Qualitätsoffensive Lehrerbildung“ auf Bundesebene weiter voranzubringen. Stattdessen übt sie sich in Kleinstaaterei und lässt die Bundesbildungsministerin abblitzen. Das wird Brandenburgs Schulen nicht helfen. Die Linksfraktion will in der Plenarsitzung im März die Ministerin beauftragen, sich in der Kultusminister-

konferenz für einen Staatsvertrag einzusetzen, in dem sich alle Bundesländer verbindlich zu einer bedarfsdeckenden und bedarfsgerechten Ausbildung von Lehrkräften verpflichten. Es müssen gemeinsame Standards für die universitäre Ausbildung und für die Qualifizierung von Quer- und Seiteneinsteiger*innen in das Lehramt geregelt werden. Die Bewältigung der Bildungskrise braucht zentrale Koordination und Steuerung, nicht föderale Befindlichkeiten.“

Schluss mit Sonderweg für Tesla – Wasserversorgung in ordentlichem Genehmigungsverfahren sichern



Zum Antrag von Tesla auf Erweiterung des Werkes in Grünheide erklärte der umweltpolitische Sprecher der LINKEN im Landtag, Thomas Domres, am 17. März: „Fast zwanzig Sonderzulassungen hat Tesla für den bisherigen Werksbau erhalten, durfte loslegen ohne dass die Anträ-

ge abschließend geprüft und beschieden waren. Jetzt muss das Land auch für Tesla endlich wieder geordnete und transparente Verfahren anwenden. Nach den ganzen Trickereien und Widersprüchen bezüglich der Wasserversorgung von Tesla fordern wir für das Erweiterungsverfahren: Alle Karten auf den Tisch! Es darf nicht alleiniger Maßstab des Verfahrens sein, die Wünsche von Tesla zu

bedienen. Die Interessen der Bürger*innen in der Region, vor allem die Sicherheit der Wasserversorgung und der Trinkwasserschutz, müssen einen hohen Stellenwert haben. Die Nachricht, Tesla brauche für den Ausbau des Werkes nicht mehr Wasser als bisher genehmigt, erstaunt und macht missstrauisch.“

www.linksfraktion-brandenburg.de

◀ **Aus unserer Postmappe**

Gedanken zur Friedenskundgebung am 25. Februar 2023

Als Teilnehmer an der von Sahra Wagenknecht und Alice Schwarzer initiierten „umstrittenen“ Friedenskundgebung vor dem Brandenburger Tor in Berlin kehrte ich mit einem guten Gefühl nach Hause zurück – so viele Menschen, die für Frieden, Verhandlungen, Stopp der Waffenlieferungen und eine Beendigung des Ukrainekrieges eintraten. Ein Querschnitt aus der Bevölkerung unterschiedlichen Alters, einig in der Auffas-

sung, dem Kriegswahnsinn ein Ende zu setzen. Vielfältig die Lösungen, die das breite Spektrum der Auffassungen widerspiegeln, geeint in der Sorge vor einer Eskalation der Auseinandersetzung bis hin zur Gefahr eines Atomkrieges. Eindeutig die Forderung: Wer Frieden will, liefert keine Waffen, verhandeln statt eskalieren. Dem von der Mehrzahl der Medien und leider auch von manchen Linken geäußerten Vorwurf, sich nicht ein-

deutig gegen rechts abgegrenzt zu haben, muss ich widersprechen. Da waren Reden und Reaktionen der Kundgebungsteilnehmer eindeutig. Aber manch einer sucht nach Beispielen, um sein Vorurteil bestätigt zu sehen. Statt sich zu streiten, wer denn die „richtige“ Position vertrete, sollte der gemeinsame Nenner dominieren, der in dem tausendfach gerufenen Sprechchor wiederhallte: Frieden schaffen ohne Waffen! *Volkmar Schubert*

Abgrenzung, Ausgrenzung führt zur Isolation

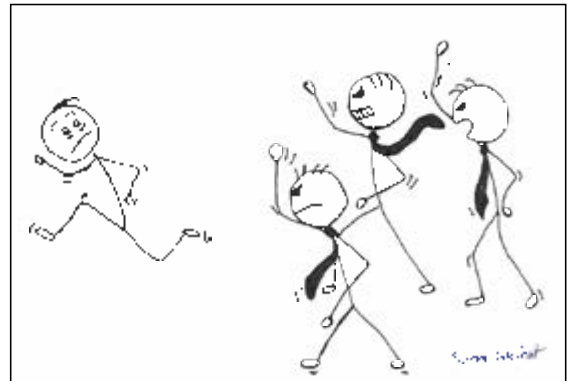
Ich melde eine Demonstration oder Kundgebung an und mache deutlich, dass Rechte und Extremisten bei der Veranstaltung nicht erwünscht sind. Genau dies ist mein Interesse und das Interesse meiner Partei. Die Veranstaltung läuft und es erscheinen doch einige unerwünschte Personen. Muss ich jetzt abbrechen? Nein! Ich ziehe mein Programm durch. Ich bestimme weiter Inhalt, Zeit und Form der Willensbekundung. Ich lasse mir von niemandem den Ablauf bestimmen und schon gar nicht den Inhalt. Ordner tun ihr Mögliches, um das Programm zu sichern. Nun taucht die Frage auf: Wie grenze ich mich ausreichend von rechts ab? Sind die Querdenker al-

les Rechte? Ist der typische deutsche Kleinbürger rechts? Wenn ich eine Person kenne, ist dies natürlich einfach.

Wir grenzen uns gegen viele Erscheinungen und Personen ab, dazu kommen noch die, die sich von uns abgrenzen. Plötzlich stehen wir allein da! Die Isolation der LINKEN ist das Ziel der herrschenden Politik und leider unterstützen wir genau dies.

Wir müssen unsere Inhalte klar und deutlich überbringen, öffentlich, laut und immer wieder. Das Manifest für Frieden haben mehr als 750 000 Menschen mit ihrer Unterschrift unter-

stützt. Das Manifest berührte eine Säule unserer Politik: Frieden, Antimilitarismus, Antifaschismus. Die Kundgebung am 25. Februar am Brandenburger Tor in Berlin war lautstark, klar im Inhalt und öffentlich. Es war noch mehr möglich. Oder nicht? *Bernd Sachse*



Altlandsberg sendet Friedensbrief an Scholz

In einem offenen Brief an Olaf Scholz teilen Bürger*innen der Stadt Altlandsberg ihre tiefe Besorgnis über die andauernde Eskalation des Krieges zwischen Russland und der Ukraine mit und fordern den Bundeskanzler, die Bundesregierung und die Abgeordneten des Deutschen Bundestages auf, sich für eine friedliche Lösung des Konflikts einzusetzen, um eine Ausdehnung

des Krieges auf ganz Europa zu verhindern.

„Wir fordern einen sofortigen beidseitigen Waffenstillstand auf beiden Seiten und den Beginn eines Verhandlungsprozesses. Waffen schaffen keinen Frieden!“ heißt es darin. Erstunterzeichner sind der Friedenskreis Altlandsberg, der den Brief verfasste und die Stadtverordnetenversammlung Altlandsberg,

die das Anschreiben einstimmig verabschiedete. Von ähnlichen Friedensbotschaften an den Bundeskanzler der Städte Königs Wusterhausen und Bernau angeregt, trug Michael Gläser die Idee in die Linksfraktion Altlandsberg und später in den extra ins Leben gerufenen Friedenskreis von Bürgern unterschiedlicher Herkunft, politischer und religiöser Einstellungen. *r. a.*

◀ Linke vor Ort

Linke Presse wird dringend gebraucht

nd-Verlagsleiter Rouzbe Taheri in Altlandsberg



nd-Verlagschef, Rouzbe Taheri, 2. v. r., im Kreis von Altlandsberger Genossen

Auf Einladung der LINKEN erläuterte der Verlagsleiter der Zeitung „nd“ (vormals „Neues Deutschland“), Rouzbe Taheri, am 21. Februar in Altlandsberg gegenwärtige Aufgaben und Möglichkeiten der linken Presse. Der Ukraine-Krieg, seine Ursachen und Hintergründe und die weltweiten Folgen nahmen an diesem Diskussionsabend mit rund 20 Genoss*innen und Sympathisant*innen aus Altlandsberg und Fredersdorf naturgemäß einen breiten Raum ein. Dabei unterstrich Rouzbe Taheri, dass es darauf ankomme, mit Fakten und wissenschaftlichen Hintergründen auf die Ursachen der aktuellen Auseinandersetzungen einzugehen. Oftmals falle es schwer, mit sachlichen Argumen-

ten weiterzukommen. Der Hinweis auf notwendige verstärkte diplomatische Anstrengungen ende schnell in unsachlichen Anschuldigungen gegenüber der Zeitung bis hin zu Hass und Hetze.

Das „nd“ (eine von acht noch existierenden überregionalen Tageszeitungen in Deutschland mit ca. 20 000 Abonnenten) versuche, linken Positionen ein Sprachrohr zu bieten. Die Zeitung wolle mit einer geschickten, interessanten Artikelauswahl, mit Analysen und vielen auch teilweise konträren Leserkommentaren dazu beitragen, dass linke Gesichtspunkte besser eingeordnet werden können.

In mehreren Wortbeiträgen verurteilten Diskutanten den völkerrechtswidrigen Einmarsch der russischen Armee in die Ukraine, gingen aber auch auf dessen Vorgeschichte ein. Zwei Gäste waren insgesamt 15 Jahre in Moskau bzw. 5 Jahre in Kiew tätig und schilderten ihre persönlichen Eindrücke von einst bis heute. Auch die unrühmliche Rolle der USA und der NATO bei dem Ukraine-Konflikt, aber auch zuvor bei den Kriegen in Jugoslawien, Afghanistan, Irak, Vietnam, wurden an dem Abend herausgearbeitet. Rouzbe Taheri mit iranischen Wurzeln hat selbst als Kind den Krieg zwischen Irak und Iran er-

lebt und schilderte eindrucksvoll die Schrecken der damaligen militärischen Auseinandersetzung.

Alle Diskussionsteilnehmer betonten, dass immer mehr Waffen keinen Ausweg darstellten und endlich über ernsthafte Verhandlungen nachgedacht werden müsse. So könnten China oder Indien Vermittlerrollen übernehmen. Zudem wurden Meinungen über den Aufruf „Manifest für Frieden“ von Sahra Wagenknecht und Alice Schwarzer und die Kundgebung am 25. Februar in Berlin für Frieden in der Ukraine ausgetauscht und der von mehreren Hunderttausend Menschen unterschriebene Aufruf als ein wichtiger Beitrag für den Erhalt des Friedens in Europa und der Welt angesehen. Dass die Friedensveranstaltung von Teilen des Vorstandes unserer Partei ignoriert wurde mit der Argumentation „nicht mit Rechten gemeinsame Sache zu machen“, verurteilten die Anwesenden als Herummogeln um eine klare Positionierung.

Der Verlagsleiter kündigte nach der zweistündigen interessanten und Mut machenden Debatte an, dass es in diesem Jahr wieder ein nd-Pressfest geben werde, voraussichtlich am 24. Juni oder 1. Juli.

Gerhard Barth
BO Altlandsberg

Meinungen zum Brief an Olaf Scholz

Hans Gottschling: Dieses sinnlose Sterben und Leiden muss aufhören. Es gibt so viele Probleme auf der Welt, die gelöst werden sollten. Kriege schaffen neue Probleme. Sie sind unmenschlich. Die aktuelle Lage ist so gefährlich und kann jeden

Tag weiter eskalieren. Das darf nicht passieren. Deshalb ist es vernünftig, schnellstens einen Waffenstillstand als Ausgangspunkt für Friedensverhandlungen herbeizuführen.

Heike Gläser: Ich bin gegen jede Art von Krieg. Es gibt auch

ohne Krieg genug Elend auf dieser Welt. Es sollte nie wieder eine Mutter ihr Kind beweinen müssen und Kinder ohne Väter aufwachsen müssen. Wie lange fallen wir noch auf Lügen herein?

Bürgerbüros

Bettina Fortunato (Mdl)
Bürgerbüro Seelow
 Breite Straße 9
 15306 Seelow

Telefon:(0 33 46) 85 21 45
 Telefax: (0 33 46) 85 21 47
 buero-fortunato@t-online.de
 www.bettina-fortunato.de
 Montag bis Donnerstag
 9.00 - 13.00 Uhr

Geschäftsstellen

Kreisgeschäftsstelle MOL
 www.dielinke-mol.de
 info@dielinke-mol.de

Strausberg

Große Straße 45
 15344 Strausberg
 Telefon:(0 33 41) 31 17 96
 Telefax: (0 33 41) 31 47 75
 strausberg@dielinke-mol.de
 www.dielinke-strausberg.de
 Montag bis Donnerstag
 10.00 - 12.30 Uhr

Bad Freienwalde

Grünstraße 8
 16259 Bad Freienwalde
 Telefon/Fax: (0 33 44) 33 45 41
 frw@dielinke-mol.de
 www.dielinke-frw.de
 1. Dienstag im Monat
 9.30 - 11.30 Uhr
 jeden Donnerstag
 16.00 - 18.00 Uhr

LinksTreff Seelow

Breite Straße 9
 15306 Seelow
 Telefon/Fax: (0 33 46) 85 21 47
 seelow@dielinke-mol.de
 www.dielinke-seelow.de
 Montag bis Mittwoch
 9.00 - 12.00 Uhr

Nächste Ausgabe

Redaktionsschluss: 16. April 2023
 Erscheinen: 1. Mai 2023

IMPRESSUM

Herausgeber: Kreisvorstand der Partei DIE LINKE. MOL. Zuschriften bitte an die Geschäftsstelle in Strausberg. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften bei Veröffentlichung redaktionell zu bearbeiten. Veröffentlichte und namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Der Druck der Zeitung „Impulse“ wird durch Spenden finanziert.

V.i.S.d.P.: Niels-Olaf Lüders, Tel. 03341-311796, Redaktion: Renate Adolph, Simone Schubert, info@dielinke-mol.de.
 Layout u. Satz: Fortunato Werbung, www.fortunato-werbung.de, Fotos/Grafiken: DIE LINKE. MOL, privat

◀ **Treffpunkt Große Straße 45**

Wir freuen uns auf Euren Besuch in der Kreisgeschäftsstelle der LINKEN in Strausberg.

Gemeinsames Frühstück – jeden Freitag, 9 bis 11 Uhr

DIE LINKE hilft bei Technik: Computer, Handy, Geräte

jeden 3. Sonntag im Monat, 11–13 Uhr
 vor Ort oder per Video: bit.ly/03341

DIE LINKE hilft :

Kostenlose Rechtsberatung

jeden 1. Dienstag im Monat, 18.30 Uhr,
 vor Ort oder

<https://videokonferenz.die-linke.de/b/mat-olu-Osb-etw>



Auf dem Parteitag sollen u. a. kommunalpolitische Leitlinien in Vorbereitung

auf die 2024 stattfindenden Kommunalwahlen beschlossen werden sowie ein Verfahren für die Aufstellung der Landesliste für die anstehende Landtagswahl. Außerdem gibt es Nachwahlen. Mitglieder der Partei können sich als stellvertretender Landesvorsitzender, als Mitglied des Landesvorstandes sowie für die Finanzrevisions- und Schiedskommission bewerben.

Wunsch nach Frieden im Mittelpunkt des Frauentages

In diesem Jahr waren zahlreiche Feiern anlässlich des Internationalen Frauentages auf Einladung der LINKEN besonders vom Wunsch nach Frieden in der Ukraine und in der Welt geprägt. In Hoppegarten erfreute zum Beispiel der 18-jährige Konstantin Köhler rund 40 Teilnehmer*innen u. a. mit Friedensliedern von John Lennon. Das veranlasste Brigitte Grüner aus Neuenhagen, das dringende Ende des Ukraine-Krieges von allen Kriegsparteien einzufordern. Ursula Böttcher aus Hoppegarten rief die Gäste auf, an dem Oster-

marsch am 9. April in Strausberg teilzunehmen.

In Seelow luden die Bundes-

tagsabgeordnete Simona Koß (SPD) sowie die Landtagsabgeordneten Bettina Fortunato (LINKE) und Kristy Augustin (CDU) traditionell gemeinsam zu einer großen Frauentagsfeier ins Kreiskulturhaus ein. Bei Kaffee, Kuchen und Kultur wurde vor allem das Engagement von Frauen in gegenwärtig schwierigen Zeiten gewürdigt. Bettina Fortunato erinnerte an die Leistungen von Frauen in Beruf und Haushalt sowie zum Gemeinwohl. r. a.



Foto: R. Adolph